

(Abgeordneter Müller [Zwickau].)

(A) Meine Herren! Zieht das nicht, dann kommt man, wie der Herr Abgeordnete Dr. Böhme, mit der Verleihung der sogenannten Rechtsfähigkeit, der Verleihung des Charakters der juristischen Person an die Gewerkschaften. Eine ganz verheulungswürdige Sache! Man glaubt nämlich mit diesem Mittel die Gewerkschaften finanziell ausplündern zu können. Ein wahres Vergnügen für die Konservativen, wenn sie unsere Gewerkschaftskassen als melkende Kuh benutzen und ihre leeren Wahlkassen füllen könnten! Das möchte Ihnen so gefallen. Ich kann Ihnen versichern, daß sich auch dagegen die Gewerkschaften zu schützen wissen. Ihre Vorliebe für Streikbrecher — und wenn sie Ihnen, mit schwerem Geld angeworben, schließlich die ganze Bude klarschlagen! —, der angebliche Schutz Ihrer nationalgelben Schoßkinder ist nichts weiter als eine große Komödie, berechnet auf die bodenlose Dummheit derjenigen, die nicht alle werden und die sich jederzeit als Verräter der Interessen der eigenen Klasse benutzen lassen.

Nun komme ich zu einer Sache, mit der sich der Herr Abgeordnete Dr. Böhme in der Donnerstagsitzung eingehend befaßt hat und wozu er einleitend ausführte, daß das Gebiet des Arbeitsrechtes ungemein schwierig sei. Er hat dabei an der Hand einer ganzen Reihe von vulgären Beispielen Möglichkeiten in den Vordergrund geschoben, an die zwar sofort das Unternehmertum im Interesse seiner Konkurrenzfähigkeit denkt, nicht aber der Arbeiter. Wie man diese in den von Herrn Dr. Böhme angeführten Fällen vorher erst behandelte, darüber schwieg er sich vorsichtigerweise aus. Es wäre auch fatal gewesen, wenn er schließlich hätte praktische Beispiele angeben sollen. Aber das eine ist sicher, und darüber ist sich auch das Unternehmertum nicht mehr im Zweifel, daß zum Austragen wirtschaftlicher Kämpfe beide Teile Ellbogenfreiheit brauchen. Dieser bedarf die Arbeiterschaft, der Industrielle und auch das agrarische Unternehmertum. Sie können dagegen reden, was Sie wollen, immer wird es so sein, daß, wenn es sich um den Austrag wirtschaftlicher Kämpfe handelt, beide Teile nicht eingeengt werden dürfen. Im anderen Falle tritt ein, was die Regierung immer in Abrede zu stellen bemüht ist, daß sie als Vertreterin und Schützerin des kapitalistischen Unternehmertums Partei gegen die Arbeiter nimmt. Sie wollen der Arbeiterschaft die Möglichkeit ihrer organisatorischen Entwicklung überhaupt bestreiten. Ja, wenn es sich nur um das Verbot des Streikpostenstehens handelte! Aber dahinter versteckt sich noch viel mehr, wie ich schon vorhin bemerkt habe, nämlich die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen im allgemeinen. Die Behauptung des Herrn Ministers des Innern, daß

die Regierung bei den wirtschaftlichen Kämpfen neutral (C) über den Parteien stehe, ist doch wahrhaftig — man wäre fast versucht, einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen — die reine Ironie. Daran glaubt kein Mensch im ganzen Lande. Ich hätte mich durchaus nicht gewundert, wenn die übrigen Herren auf den Regierungsbänken bei den Ausführungen des Herrn Ministers die Köpfe geschüttelt hätten, denn Sie wissen es ja am besten, wie es in Wirklichkeit zugeht. Tausende von Fällen könnte ich Ihnen, meine Herren am Regierungstische, vorlegen, die zeigen, daß die Verwaltungsbehörden im Lande nach einem ganz anderen Rezept verfahren, nach dem Rezept, bei Wirtschaftskämpfen immer auf der Seite des Unternehmers zu stehen, selbst dann, wenn das Recht zum Unrecht wird und die schändliche Willkür herrscht.

Präsident (unterbrechend): Das ist ein Vorwurf, den ich nicht dulden kann. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abgeordneter Müller (Zwickau) (fortfahrend): Ich habe nichts dagegen.

Präsident (unterbrechend): Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung. Sie dürfen nicht gegen die Zensur des Präsidenten solche Ausdrücke gebrauchen.

Abgeordneter Müller (Zwickau) (fortfahrend): Herr Präsident, ich glaubte, mir mit meiner Bemerkung (D) keine Zensur erlaubt zu haben.

Präsident (unterbrechend): Es ist nicht anders zu verstehen.

Abgeordneter Müller (Zwickau) (fortfahrend): Der Herr Abgeordnete Dr. Böhme gab am Donnerstag an der Hand von Schmähchriften des Gutenbergbundes über die Tätigkeit des Verbandes deutscher Buchdrucker, dem anzugehören ich mir zur höchsten Ehre schätze, ein angebliches Beispiel des gewerkschaftlichen Organisationszwanges, des Terror usw. Der Herr Abgeordnete Dr. Böhme sprach dabei von den Dingen wie der Blinde von der Farbe. Er warf dabei sein Material durcheinander wie Kraut und Rüben, so daß schließlich nicht nur kein Mensch im Hause, sondern auch er selber nicht mehr daraus flug wurde. Er verwechselte den Buchdruckerverein mit dem Buchdruckerverbände und machte in einem Atemzuge den letzteren verantwortlich für das, was der erstere getan hat. Ich meine, wenn man hier mit Material von Arbeitswilligenorganisationen aufwarten will — und der Herr Abgeordnete Dr. Böhme hat erst heute wieder eine Sendung dieses gelben Schwindels zugestellt erhalten —, dann hat man alle Veranlassung, sich ganz genau vorher darüber zu orientieren, ob das, was man als Sachwalter der Arbeitswilligen behauptet und in deren Interesse hier